

Schweiz

Vereint zuschlagen

Die Volksabstimmung über ein Antirassismus-Gesetz deckt Abgründe von Fremdenhaß auf.

Tolerant und gut imprägniert“ sind Eigenschaften, die Rosmarie Dormann, 47, gern für sich in Anspruch nimmt. Doch seit sich die christdemokratische Abgeordnete aus dem Kanton Luzern mit Verve gegen Rassisten und Rassismus einsetzt, erfährt sie die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

„Sie Sauschwein, Sie Rassenweib“, pöbelten Briefschreiber, „das Boot ist



Rassismusgegner Lanz, Töchter
Welt offen nur in Tourismusprospekten

voll.“ Weil sie die Vernichtung der Juden in Auschwitz nicht anzweifelt, wird sie „Lügnerin“ genannt; einigen scheint sie schlicht eine „Schweizerhasserin“ zu sein.

Zusammen mit Politikern anderer Parteien, Kirchenleuten und Gewerkschaftern wirbt Dormann im ganzen Land für einen neuen Strafrechtsartikel, der rassistische Propaganda und die Leugnung von Völkermord unter Strafe stellt.

Die Kampagne um die Volksabstimmung am nächsten Wochenende treibt viele Rassisten und Ausländerfeinde aus der Deckung. Sie wollen das weit verbreitete Unbehagen über Asylpolitik und Rauschgiftelend nutzen, um die Initiative abzuschmettern. Ausländische

Drogendealer, die in Zürich ihre Verdrängungskämpfe mit Messer und Revolver austragen, leisten ihnen die beste Werbehilfe – auch wenn das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

Noch bis vor kurzem glaubten viele Politiker, das eidgenössische Wahlvolk lasse sich mühelos von Standards überzeugen, die im Uno-Übereinkommen gegen Rassendiskriminierung schon 1965 festgelegt wurden und mittlerweile von 132 Staaten akzeptiert sind. Daß rechte Splittergruppen und einige landesweit bekannte Reaktionäre die erforderlichen 50 000 Unterschriften für ein Referendum gegen die Antirassismusstrafnorm gerade noch zusammenbrachten, erschien den wenigsten als bedrohlich.

Doch nach dem 12. Juni, als die eigensinnigen Schweizer gleichzeitig gegen Uno-Blauhelme, gegen die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern und gegen die Kulturförderung stimmten, bekamen es Parteiführer und Meinungsmacher mit der Angst zu tun.

Die Regierung war über die Renitenz des Volkes derart geschockt, daß sie die Abstimmung über das Antirassismusgesetz zunächst verschieben wollte. Bürgerliche Politiker beschwören nun den „Testfall für die Frage: Ist die Schweiz noch menschlich?“ Und Linke erwarten den Beweis, daß „man den neuen Rechtsextremismus endlich als Bedrohung ernst nehmen muß“.

Tatsächlich hat die bürgerliche Mehrheit in den letzten Jahren Hunderte rechtsradikaler Übergriffe auf Ausländer oder auf Asylbewerberwohnungen gern als Bubenstreiche verharmlost.

Biedermännisch bestätigen konservative Volksvertreter mit unbedachten Äußerungen Vorurteile gegen alles „Unschweizerische“. Volkstribun Christoph Blocher, Gegner einer europäischen Integration und Herold eines Schweizer Sonderwegs, setzt die Fremdenangst als politischen Hebel gegen die Regierung ein.

Neonazis blieben in der Schweiz seit jeher unbehelligt. So kann der in Deutschland verurteilte Nazi-Ideologe Max Wahl in seinem Hetzblatt *Eidgenoss* – bislang ohne Furcht vor strafrechtlichen Folgen – den Holocaust leugnen. Der Faschist Gaston-Armand Amaudruz handelt ungestört mit braunen Pamphleten, und Berner Skins feiern Attentäter, die Asylheime anzünden, öffentlich mit dem Hitlergruß. Dieses Treiben wäre ein Fall für die Justiz, wenn das neue Gesetz durchkäme.

sondern in den Townships, wo vergleichsweise wenig zu holen ist. 80 Prozent der bewaffneten Überfälle auf Autos im Raum Johannesburg ereigneten sich im Schwarzenghetto Soweto.

Die Polizei ist völlig überfordert. Im südlich von Johannesburg gelegenen Township Katlehong (500 000 Einwohner) bearbeiteten im vergangenen Jahr 15 Beamte 1058 Mordfälle. Das waren mehr Morde als in ganz Großbritannien.

Ein Leben ist nicht viel wert in Südafrika. „Die Jahre brutaler politischer Gewalt unter der Apartheid haben viele Menschen, besonders Jugendliche, abgestumpft“, sagt Lloyd Vogelmann, Direktor des Instituts zur Erforschung der Gewalt an der Witwatersrand-Universität. Mordwerkzeuge sind schnell zur Hand: Südafrika wurde mit illegalen Waffen aus Angola und Mosambik geradezu überschwemmt.

In den Jahren der Apartheid waren die Polizisten bei der schwarzen Bevölkerung verhaßt. Und es gab gute Gründe, sie zu hassen: Sie waren die allgegenwärtigen Vertreter des weißen Unterdrückerregimes. Selbst im Jahr der Wende wurden bisher 183 Polizeibeamte umgebracht.

„Ich habe die Polizei immer als Arm der Apartheid gesehen“, erzählt Isaac Mogase, der drei Jahre aus politischen Gründen in Haft verbracht hat und heute Präsident der größten Bürgervereinigung Sowetos ist. „Früher haben wir gerufen: Polizei raus aus den Townships. Heute wollen wir die Gangster raus haben und dafür mehr Polizisten rein.“ Doch acht von zehn Polizeistationen befinden sich noch immer in den weißen Wohngebieten.

Die Bürgerwacht soll jetzt den Mangel ausgleichen helfen. In den letzten Wochen haben sich in den Schwarzensiedlungen zahlreiche Polizei-Bürger-Foren gegründet. „Die Leute kommen zu uns, weil sie einfach genug haben von den Verbrechen“, sagt Polizeisprecher Andy Pieke. „jetzt werden die schwarzen Südafrikaner nachholen, was in weißen Gebieten schon seit Jahren üblich ist – die Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften.“

Der weiße „Block-watch“-Initiator Lionel Keenan will seinen schwarzen Mitbürgern dabei zur Hand gehen und sein Wachsystem in den schwarzen Townships bekanntmachen. „Was uns alle über Parteien und Hautfarben hinweg verbindet“, sagt Blockwart Keenan, „das ist der Kampf gegen das Verbrechen.“ □



Neonazi-Treffen bei Bern: Türken- und Judenwitze weiterhin erlaubt

„Wir sind kein Volk von Rassisten“, rief Außenminister Flavio Cotti vor zwei Wochen in Bern 10 000 Demonstranten zu. Jazzmusiker, Rockbands und Folklore-Gruppen versuchten, den Bürgern Mut zur Toleranz zu machen.

„Der Antirassismus“, wunderte sich der Alphornbläser Ueli Lanz, „sollte eigentlich selbstverständlich sein, aber er ist es nicht.“ Deshalb stellte sich der bodenständige Zimmermann aus dem Emmental mit seinen beiden madagassischen Adoptivtöchtern vor die Kameras – Symbol einer weltoffenen, multikulturellen Schweiz, die es nur noch in Tourismusprospekten zu geben scheint.

Ob solche Sinnbilder viel bewirken, ist fraglich. In einer Erhebung gaben Ende August 41 Prozent der Befragten an, sich mit dem Abstammungsthema noch nicht befaßt zu haben – Ausreden von Neinsagern, glauben Experten.

Angeführt wird die Verweigerungskampagne von dem evangelikalen Eiferer und Schaffhauser Weinbauern Emil Rahm, der seit Jahren unentwegt vor einer freimaurerisch-bolschewistisch-zionistischen Weltverschwörung warnt, und von dem rechtskatholischen Publizisten Herbert Meier.

Um die beiden scharen sich, buntgemischt, einige rechtsbürgerliche Hinterbänkler, Antisemiten, Abtreibungsgegner, beschäftigungslose Antikommunisten sowie die nationalistischen Schweizer Demokraten und die fremdenfeindlichen „Freiheitlichen“ der einstigen Auto-Partei.

Was wie ein chaotischer Haufen Ewiggestriger aussieht, ist in Wirklichkeit gut organisiert. Die reaktionären Gruppen und Seilschaften sind aus früheren Kampagnen gegen soziale und politische Neuerungen bestens eingespielt.

Die Komitees sollen „getrennt marschieren, aber vereint zuschlagen“, sagt

Rahm, der sich um die „Koordination im Kampf“ bemüht. Den Holocaust-Leugnern riet er zu taktischer Zurückhaltung: „Wir haben diesen Leuten geschrieben, sie dienen der Sache am besten, wenn sie sich raushalten mit ihren Thesen. Sie könnten diese wieder aufgrund unseres hoffentlichen Sieges äußern, aber jetzt ist das gefährlich.“

Rahm und seine Kameraden setzen auf einfache Schlagworte und Verdächtigungen. „Das Wort Maulkorb kommt sehr gut an“, empfahl Rahm auf einer Strategietagung. Abschreckend wirkte auch die Erwähnung der Uno, das mache „die Leute sofort skeptisch“.

Unter dem Druck der gegnerischen Propaganda sehen sich die Befürworter schon genötigt, irritierten Stammtischbrüdern zu versichern, Türken- und Judenwitze blieben als private Äußerun-

gen auch weiterhin erlaubt. Hausbesitzer vernahmen beruhigt, sie seien frei, ihre Wohnungen nur an Weiße oder exklusiv an Schweizer zu vermieten.

Und auch Arbeitgeber dürfen rassistische Überzeugungen bei der Auswahl von Bewerbern ungeniert zugrunde legen – denn die neue Strafnorm bedeutet keinen Eingriff in die Vertragsfreiheit.

„Wenn es zu einem Nein kommt“, bangt Myrtha Welti, Generalsekretärin der konservativen Volkspartei, „muß ich mich ernsthaft fragen, ob ich in der Schweizer Politik noch mittun kann.“

Und Christdemokratin Rosmarie Dormann würde sogar – GAU für alle Anhänger der direkten Demokratie – „am Volk zweifeln“. □

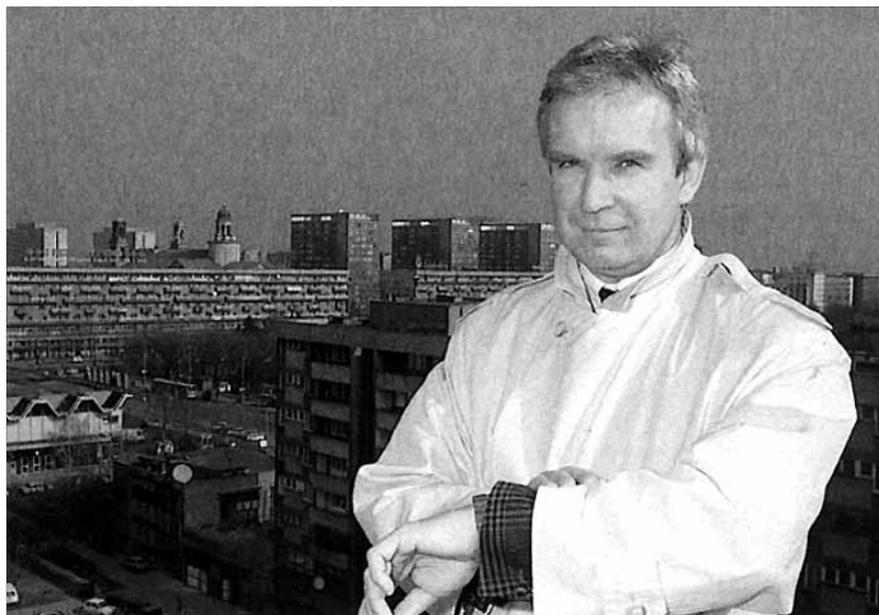
Polen

Alte Gespenster

Rote Kader kehren zurück, Premier Pawlak bremst die Reformen – kommt die samtene Restauration?

Agentenaustausch um zwölf Uhr mittags: Am 11. Juni 1985 überquerte Marian Zacharski die Demarkationslinie in Berlin auf der Glienicke-Brücke Richtung Potsdam. Mit ihm im Bus befanden sich ein Bulgare und zwei DDR-Bürger. Ihnen entgegen rollte ein Fahrzeug mit 23 in der DDR und Polen aufgefliegenen Westspionen.

Vier Jahre zuvor war Kundschafter Zacharski in den USA zu lebenslanger



Ex-Spion Zacharski: Provozierender Beinahe-Aufstieg

B. EDEL/HIT/GAMMA/STUDIO X